

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 91 (2011)
Heft: 987

Artikel: Der Gebrauch des Sozialstaats ist das eigentliche Problem
Autor: Hoffmann, Christian P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-735223>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Gebrauch des Sozialstaats ist das eigentliche Problem

Seit dem 1. Mai 2011 gilt das Abkommen über die Personenfreizügigkeit nun auch für die osteuropäischen EU-Mitgliedsländer wie Polen, Ungarn oder die Tschechische Republik. Im Vorfeld dieser Öffnung waren in der Schweiz bekannte linke und rechte Vorbehalte gegen eine liberale Einwanderungspolitik zu vernehmen. Zu Recht?

Auf der Linken sorgte man sich um mögliche Lohneinbussen der Arbeitnehmer und forderte einen gesetzlichen Mindestlohn. Richtig ist, dass eine Zunahme des Arbeitsangebots bei gleichbleibender Nachfrage in der Tendenz zu einem Absinken der Arbeitspreise führt. Dies ist jedoch eine allzu statische Betrachtung:

Es gibt nur einen Ausweg: ein Modell individueller Vorsorge.

Es stehen mehr Arbeitskräfte zur Verfügung, so entstehen auch neue Investitionschancen und Wachstumspotentiale. Die Folge sind steigende Löhne. Ein Mindestlohn wirkt dagegen wie ein Korsett – er erhält überkommene Strukturen aufrecht und zwingt in- und ausländische Arbeitskräfte zum unfruchtbaren Kampf um bestehende Arbeitsplätze.

Auf der Rechten galten die Ängste dagegen einmal mehr einem drohenden «Sozialmissbrauch» durch dreiste Zuwanderer. Dabei wird eine interessante Gemeinsamkeit mit der Linken sichtbar, denn auch diese sorgt sich letztlich um den Erhalt des Sozialstaats angesichts offener Grenzen – von «Sozialdumping» ist hier die Rede. Linke wie Rechte dokumentieren so ihr politisches Gespür – verbunden mit einer gehörigen Prise Verlogenheit. Denn beide tasten sich nur schamhaft an ein dunkles Geheimnis unserer Sozialsysteme heran: ihre prinzipielle Unvereinbarkeit mit offenen Grenzen.

Die heutigen Sozialstaaten des Westens basieren auf kollektiven Zwangsumverteilungssystemen. Dieser Ansatz entstammt einer frühkapitalistischen Epoche, die von geschlossenen Grenzen und immobilen Arbeitskräften geprägt war. Damals kollektivierte die Politik die zuvor eigenverantwortliche Sozialvorsorge und zwang die berufstätigen Arbeitskräfte, ihre aufgrund von Alter, Krankheit oder Invalidität untätigen Mitbürger direkt zu subventionieren. Sie

alle wurden so abhängig von der umverteilenden Hand staatlicher Sozialkassen.



Christian P. Hoffmann

Christian P. Hoffmann ist Assistenzprofessor für Kommunikationsmanagement an der Universität St. Gallen und Forschungsleiter am Liberalen Institut.

Wenn nun aber besonders produktive Arbeitskräfte einem solchen Sozialstaat entfliehen, wie dies aktuell in Deutschland geschieht, gerät das Umverteilungsmodell ebenso ins Wanken, wie wenn eine grosse Anzahl potentieller Transferempfänger, die nie entsprechende Einzahlungen geleistet haben, einem Staat zuströmen. Da die Sozialstaaten des Westens nicht auf Sparen, sondern auf Umverteilung beruhen, erzeugen sie einen starken Anreiz, Einzahlungen zu vermeiden und Auszahlungen zu maximieren. Kein Wunder, warnt etwa der deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn vor einer negativen Fiskalbilanz der neuen Einwanderung in die EU.

Problematisch ist somit nicht der «Missbrauch» des Sozialstaats oder ein Unterwandern seiner Standards durch Migranten, sondern schlicht sein «Gebrauch» gemäss den Regeln der heutigen Sozialpolitik. Kollektive Umverteilung kann den Bedürfnissen international mobiler Arbeitskräfte nicht gerecht werden. Je mehr Flexibilität der Sozialstaat dabei dem Arbeitsmarkt nimmt, desto gravierender fallen die negativen Auswirkungen der Einwanderung auf die Umverteilungskassen aus: dauerhafte Arbeitslosigkeit, soziale Spaltung, Frühverrentung oder Scheininvalidität gehören zu den bekannten Symptomen.

Aus diesem Teufelskreis gibt es nur einen Ausweg: den Ersatz der Umverteilungssysteme durch ein Modell des Vorsorgespargens auf Basis individueller Alters- oder Gesundheitskonten. Nur ein solcher Ansatz ermöglicht Arbeitskräften eine flexible und zuverlässige soziale Absicherung unabhängig von Migrationsentscheidungen. Indem die Politik sich aber diesen notwendigen Reformen verschliesst, bleibt sie der überholten Idee einer geschlossenen Gesellschaft verhaftet. Vermeintlich wirtschaftsfreundliche Rechte ebenso wie vermeintlich weltoffene Linke. ◀